

# Positionen der Diakonie Deutschland zur Bundestagswahl 2017

## Den demografischen Wandel gestalten

<b>Diakonie für Menschen</b>	

# Vorwort

Der demografische Wandel ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung mit weitreichenden Folgen. Die Diakonie Deutschland setzt sich für gesetzliche Rahmenbedingungen ein, die für alle Menschen soziale Sicherheit und Teilhabe in einer älter, aber auch vielfältiger werdenden Gesellschaft gewährleisten: Menschen unterschiedlicher Generationen und Lebenslagen, verschiedener Herkunft, in Stadt und Land. Auch die Schwächsten sollen eine lohnende Perspektive für ihr Leben und einen Platz in der Mitte der Gesellschaft finden! Das ist die christlich fundierte Überzeugung der Diakonie Deutschland.



Ulrich Lilie  
Präsident



Maria Loheide  
Vorstand Sozialpolitik



Dr. Jörg Kruttschnitt  
Vorstand Finanzen, Personal,  
Organisation, Recht  
und Wirtschaft

# Forderungen der Diakonie Deutschland an den 19. Deutschen Bundestag

## Zusammenleben aller Menschen in Deutschland gewährleisten

Deutschland hat sich im Zuge von Arbeitnehmerzuwanderung, Spätaussiedlung, Flüchtlingsaufnahme und europäischer Freizügigkeit zu einer Einwanderungsgesellschaft entwickelt. Entgegen früherer Prognosen wächst die Bevölkerung. Aber nach wie vor fehlen in vielen Arbeitsbereichen Fachkräfte beziehungsweise Auszubildende, zum Beispiel in der Pflege.

Drängende sozialpolitische Herausforderungen sind die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sowie die Integration der zugewanderten Menschen in den Arbeitsmarkt. Sozial und kulturell geht es darum, dass Menschen mit unterschiedlichen Traditionen als Bürgerinnen und Bürger und Nachbarinnen und Nachbarn, Alt und Jung, gut zusammen leben.

### Die nächste Bundesregierung sollte

- die Erwerbszuwanderung rechtlich einfach und transparent regeln.
- Menschen, die schon in Deutschland leben, Zugänge zur Ausbildung und zu qualifizierter Arbeit eröffnen.
- die interkulturelle Orientierung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens fördern.
- die Bereitstellung von bezahlbarem und barrierefreiem Wohnraum fördern.

## Lebensqualität in schrumpfenden Regionen aufrecht erhalten

Trotz des Bevölkerungswachstums wird es in Deutschland wie in auch in anderen Ländern der Europäischen Union Regionen geben, aus denen junge Menschen wegziehen, um anderswo arbeiten zu können. Diese Regionen nehmen weniger stark an der wirtschaftlichen Entwicklung teil, bieten aber vielfach Raum für die Pflege des historischen Erbes, für ökologische Landwirtschaft und Tourismus. Eine wesentliche Herausforderung ist der Erhalt und die Weiterentwicklung der Infrastruktur für alle dort lebenden Menschen.

### Die nächste Bundesregierung sollte

- eine sektorenübergreifende Bedarfsplanung für die medizinische Versorgung (Krankenhäuser, Arztpraxen) einführen und den Akteuren im ländlichen Raum Handlungsspielräume für gute und tragfähige regionale Lösungen einräumen.
- für die Pflege im ländlichen Raum kleine und passende Angebote (Kombination von Pflegedienst, Tagespflege, Pflegeheim) strukturell und finanziell ermöglichen.
- Leistungserbringer für Gesundheit und Kommunen zur verbindlichen Zusammenarbeit in der Region verpflichten.

## Arbeit und Bildung in einer vielfältigen Gesellschaft des langen Lebens ausbauen

Am Arbeitsplatz kommen Menschen verschiedenen Alters, unterschiedlicher Herkunft und Tradition zusammen und erwirtschaften gemeinsam den gesellschaftlichen Reichtum. Die Arbeitswelt ist durch die technologische und die demografische Entwicklung im Umbruch: Arbeitsprozesse und Berufsbilder verändern sich und erfordern in allen Altersgruppen lebensbegleitendes Lernen. Alle Menschen im erwerbsfähigen Alter müssen die Chance haben, arbeiten und davon leben zu können.

Jüngere Menschen haben gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt und Aussicht auf steigende Gehälter, wenn sie gut ausgebildet sind. Wer Lücken in der schulischen oder beruflichen Bildung hat, hat ein höheres Risiko, arbeitslos zu werden. Angebote der Aus-, Fort- und Weiterbildung sind für diese Menschen besonders wichtig.

### Die nächste Bundesregierung sollte

- das lebensbegleitende Lernen in allen Altersgruppen fördern.
- dafür sorgen, dass die Aus-, Fort- und Weiterbildung für alle zugänglich ist und in der Praxis erworbene Kompetenzen formal anerkannt werden.
- dazu beitragen, dass passende Hilfen im Rahmen der Jugendberufshilfe und Jugendsozialarbeit ausgebaut werden.
- durch Regelungen des Arbeitsschutzes, der Förderung guter und gesunder Arbeitsbedingungen sowie der betrieblichen Prävention das Risiko der Erwerbsunfähigkeit verringern.

## Kindheit und Jugend in einer alternden Gesellschaft fördern

Kinder und Jugendliche wachsen heute in einer Gesellschaft auf, in der praktisch alle Erwachsenen im erwerbsfähigen Alter arbeiten. Eltern sind auf ausreichende und verlässliche Betreuung und Förderung in der Kindertageseinrichtung oder Schule angewiesen. Für Kinder und Jugendliche sind aber auch andere Angebote von Kirchengemeinden, Vereinen und Initiativen wichtig, wo sie Selbstwirksamkeit, Zuwendung und Verlässlichkeit durch andere erfahren können.

### Die nächste Bundesregierung sollte

- die Rechte von Kindern und Jugendlichen stärken.
- Eltern mehr als bisher durch familienbezogene Bildung, Beratung und Erholung in ihrer Erziehungsverantwortung fördern.
- dafür sorgen, dass ausreichende Ressourcen für (auch) neue Formen der Kinder- und Jugendhilfe im Gemeinwesen bereitgestellt werden.

## Familie in einer Gesellschaft des langen Lebens stärken

Familien sind der primäre Ort, an dem die Generationen füreinander da sind. Die Belastung durch Berufs- und Familienarbeit ist besonders intensiv, wenn gleichzeitig Kinder und pflegebedürftige Angehörige zu versorgen sind. Oft verzichten Frauen in dieser Situation auf die eigene berufliche Tätigkeit. Insbesondere Familien mit mehreren Kindern und alleinerziehende Eltern sind einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt. Neben den Familien gewinnen neue Verantwortungsgemeinschaften an Bedeutung.

### Die nächste Bundesregierung sollte

- die heutige Vielfalt von Familienformen und Verantwortungsgemeinschaften im Steuerrecht berücksichtigen und Benachteiligungen abbauen.
- den Wechsel zwischen Teil- und Vollzeitarbeit erleichtern.
- Gehalts- und Renteneinbußen bei der Reduzierung von Arbeitszeit zugunsten von Erziehungs- und Pflegeaufgaben ausgleichen.
- den Ausbau der Betreuungs- und Bildungsangebote insbesondere für Kinder vorantreiben.
- den Ausbau der Tagespflege für pflegebedürftige Menschen fördern.

## Ältere Menschen als Mitgestalter der Gesellschaft von morgen wertschätzen

In den vergangenen zwanzig Jahren ist ein deutlicher Wandel von einem defizitären Altersbild hin zur Wertschätzung kreativer Potenziale und zum gesellschaftlichen Engagement älterer Menschen erkennbar.

### Die nächste Bundesregierung sollte

- gemeinsam mit den Ländern die Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement von Alt und Jung systematisch fördern.
- gemeinsam mit den Sozialpartnern und anderen gesellschaftlichen Akteuren darauf hinwirken, dass freiwilliges Engagement während des Erwerbslebens nicht nur formal anerkannt, sondern auch zeitlich ermöglicht wird.

## Altenhilfe und Pflege aufwerten

Die pflegerische Versorgung der altgewordenen Menschen in Deutschland ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die solidarisch getragen und finanziert werden muss. Die Pflegeversicherung trägt bislang nur einen Teil der Lasten. Im Zuge veränderter Erwerbstätigkeit und Familienverhältnisse sinkt bereits seit Jahren der Anteil an Pflegeleistungen, der durch Familienangehörige erbracht werden kann. Und Menschen mit Behinderung müssen vollumfänglich in die Leistungen des Pflegeversicherungssystems einbezogen werden, unabhängig von ihrem Wohnort. Das Leistungsniveau der Pflegeversicherung muss erhöht, die kommunale Altenhilfe neu verankert werden.

### Die nächste Bundesregierung sollte

- die Leistungsversprechen der Pflegeversicherung dem Bedarf in den nächsten Jahrzehnten anpassen.
- der kommunalen Altenhilfeplanung einen verbindlichen Rahmen geben.
- den Ausschluss von Menschen mit Behinderung aus der Pflegeversicherung durch die Streichung des § 43a SGB XI beenden.

## Altersarmut bekämpfen und verhindern

Die Gesetzliche Rentenversicherung setzt eine Normalerwerbsbiografie voraus. Tatsächlich arbeiten jedoch immer weniger Menschen ein Leben lang durchgängig in Vollzeit. Viele Erwerbsbiografien sind unterbrochen. Die Zahl der von Altersarmut betroffenen Menschen, vor allem Frauen, steigt.

### Die nächste Bundesregierung sollte

- eine steuerfinanzierte gesetzliche Mindestrente einführen, die über den Leistungen der Grundsicherung im Alter liegt und Zeiten der Kindererziehung und Pflege stärker berücksichtigt und damit eine verlässliche Grenze nach unten setzt.
- die Sozialversicherungspflicht ausweiten auf geringfügig Beschäftigte und Selbstständige, sowie eine Abgabe auf alle Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze, auf Einkommen ohne Rentenversicherungspflicht und auf Kapitalerträge einführen.
- Reformen bei der Grundsicherung im Alter durchführen: Altersspezifische Bedarfe eigenständig ermitteln, besondere personenbezogene Bedarfe gewähren, Freibeträge für die eigene Vorsorge einführen und den Rentenanspruch automatisch daraufhin überprüfen, ob ein Anspruch auf ergänzende Grundsicherung im Alter oder auf Mindestrente besteht.

## **Kontakt und Information**

Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband  
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.  
Caroline-Michaelis-Straße 1  
10115 Berlin

Katja von Damaros  
Politische Kommunikation  
Vorstandsbereich Sozialpolitik  
Telefon +49 (0) 30 652 11-1653  
Telefax +49 (0) 30 652 11-3653  
katja.vondamaros@diakonie.de

[www.diakonie.de](http://www.diakonie.de)